

06.07.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1817

2. Lesung

**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbeseoldung an ihre Ausbildung
(Lehrerbeseoldungsgleichstellungsgesetz)**

Berichterstatter

Abgeordneter Martin Börschel

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1817, wird abgelehnt.

Datum des Originals: 06.07.2018/Ausgegeben: 06.07.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1817, wurde durch das Plenum am 28. Februar 2018 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Der federführende Haushalts- und Finanzausschuss hat seinen Unterausschuss Personal an den Beratungen beteiligt.

B Beratung

Am 8. Mai 2018 hat der Haushalts- und Finanzausschuss in gemeinsamer Sitzung mit dem Unterausschuss Personal und dem Ausschuss für Schule und Bildung eine Anhörung durchgeführt. Das Wortprotokoll der Anhörung liegt als Ausschussprotokoll 17/274 vor. Zur Anhörung lagen die Stellungnahmen 17/545, 17/599, 17/600 und 17/601 vor.

Der mitberatende Ausschuss für Schule und Bildung hat am 4. Juli 2018 an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss votiert. Dort wurde der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Unterausschuss Personal hatte in gemeinsamer Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss am 5. Juli 2018 Gelegenheit zur Auswertung der Anhörung und einer abschließenden Aussprache. Es ergab sich kein weiterer Aussprachebedarf.

Änderungsanträge lagen nicht vor.

Der in die Beratungen und die Anhörung einbezogene Unterausschuss Personal des HFA hat in der gemeinsamen Sitzung an den federführenden HFA votiert. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

C Ergebnis

In der abschließenden Abstimmung wurde der Gesetzentwurf im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Martin Börschel
Vorsitzender